

Die Portoerhöhungen vom Steuerausschuß des Reichstags angenommen.

Der Steuerausschuß des Reichstags setzte am Dienstag nachmittag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphengebühren fort. Der Staatssekretär des Reichspostamts erklärte, daß es unmöglich sei, die Postkarten und die Briefe unverteuert zu lassen. Wenn aber nicht gleichzeitig der Fernspreerverkehr verteuert würde, so würde die Postverteuerung zu seiner Ueberlastung führen. Der Staatssekretär verliest Aeußerungen der einzelnen Parteien aus älteren stenographischen Berichten, um zu beweisen, daß der Reichstag früher diese Ansicht geteilt habe; er unterbricht dann seine Ausführungen, da der Vorsitzende ihn darauf aufmerksam macht, daß der Antrag Graf Carmer (kons.), der alle Briefe um 5, die Postkarten um 5 und das Telegrammwort um 2 Pf. verteuern will, zurückgezogen sei. Ein Fortschrittler empfiehlt eine Erhöhung bei den Postkarten und Briefen um je 3 Pf. Der Reichsschatzsekretär legt Wert darauf, daß zunächst die vorgelegten Steuern durchberaten werden. Eine Verbesserung ließe sich in der zweiten Lesung vornehmen. Die fortschrittlichen Vorschläge ergäben nicht den erwünschten Betrag. Der zu erwartende Verkehrsrückgang sei mit 5 v. H. sehr gering veranschlagt. Ein Zentrumsabgeordneter meint, daß der Schatzsekretär zu knapp gerechnet habe. Der fortschrittliche Vorschlag wolle die Spannung zwischen Brief und Karte, zwischen Fern- und Ortsverkehr nicht zu groß werden lassen. Alle Parteien müßten an den neuen Steuergedanken mitarbeiten. Einen rein ablehnenden Standpunkt könne niemand einnehmen. Inzwischen ist der fortschrittliche Antrag Wiemer und Genossen eingegangen, Postkarten und Briefe um 3 Pf., Drucksachen um 2 Pf., die Telephongebühren statt um 20 um 10 v. H. und das Telegrammwort um 2 Pf. zu erhöhen, wobei die letztere Erhöhung bei jedem Telegramm mindestens 10 Pf. betragen müsse. Ein Sozialdemokrat weist auf die Fahrkartensteuer hin, die den Ueberfluß den Eisenbahnen verhindert hat. Man dürfe den Rückgang nicht nur auf 5 v. H. veranschlagen. Er lehne Steuern ab, die lediglich Belästigung und keine Erhöhung der Reichseinnahmen brächten. Ein Konservativer erklärte es für unmöglich, den Wünschen des „Bereins deutscher Zeitungsverleger“ auf Ermäßigung der Ferngespräche für die Presse Rechnung zu tragen. Vielleicht ginge dies jedoch bei den Telegrammen an. Der Staatssekretär lehnt das ab und erklärt sich gegen einen Zentrumsantrag, der Ausnahmen für die kleine Fachpresse wünscht. Vom Reichspostamt wurde auch darauf hingewiesen, daß der englische Generalpostmeister die Presse-Telegramme verteuert hat. Im Telephonverkehr gebe es in keinem Lande eine Bevorzugung der Presse; es lasse sich gar nicht feststellen, was ein Pressegespräch sei. Bei der Abstimmung wird auf Antrag der bürgerlichen Parteien der folgende Abgabentarif ebenso das

ganze Gesetz in erster Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen:

- Briefe, im Orts- und Nachbarortsverkehr um 3 Pf., auch Postkarten 3 Pf.,
 - Drucksachen 2 Pf.,
 - Pakete bis 5 Kg. und 75 Km. Entfernung 5 Pf., auf weitere Entfernung 10 Pf.,
 - Pakete über 5 Kg. und bis 75 Km. 10 Pf.,
 - Pakete über 5 Kg. auf alle weiteren Entfernungen 20 Pf.,
 - Telegramme das Wort 2 Pf., mindestens 10 Pf. pro Telegramm,
 - Rohrpostsendungen 5 Pf.,
 - Telephonanschlüsse, auch Nebenanschlüsse, um 10 v. H.,
 - Ferngespräche 10 v. H.,
 - Postaufträge, Anweisungen und Schecks abgabenfrei.
- Der Gesamtertrag soll rund 190 Mill. M. betragen. Angenommen wurden ferner folgende Anträge:
- Die Reichsabgaben sind spätestens nach Ablauf des ersten Haushaltsjahrs nach Friedensschluß aufzuheben, wenn es der Reichstag verlangt. (Nationallib., Fortschritt. Vp.)
- Eine Befreiung der regierenden Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen von der Reichsabgabe findet nicht statt. (Fortschritt. Vp.)
- Abgabefreiheit von Zeitungen — oder Druckschriftenpaketen —, die an beiden Seiten offen sind. (Ztr.)
- Abgabefreiheit von ausdrücklich als Pressemeldungen bezeichneten und nachgewiesenen Telegrammen. (Nationallib.)
- Den Reichszanzler zu ersuchen, geeignete Schritte zu baldiger Einführung einheitlicher Postwertzeichen für das ganze Reich zu tun.
- Dieser letztere Beschluß der Nationalliberalen wurde mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.
- Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr.